

«Wir wollen arbeiten und keine Statistiken ausfüllen müssen»

Anfang September lancierte die FDP Schweiz die Volksinitiative «Bürokratie-Stopp!» mit dem Ziel, vor allem kleine Betriebe vor der «Regulierungsflut» zu schützen. Gewerbler aus der Region unterstützen die Idee. Die CVP Linth ist skeptisch.

Von Willi Meissner

Mit ihrer erst dritten schweizweiten Initiative scheint die FDP den Nerv der Unternehmer zu treffen. Bürokratische Hürden sind nicht besonders beliebt. Da kommt eine Volksinitiative gerade recht, die den «Anspruch, dass Gesetze verständlich sind und ihre Anwendung einfach, unbürokratisch und effizient erfolgt» in der Verfassung verankern will.

Vor allem kleinere Betriebe leiden laut FDP unter zu viel Papierkram. «Die durchschnittliche Belastung durch administrative Arbeiten nimmt exponentiell zu, je weniger Angestellte in einem Betrieb beschäftigt sind», heisst es von den Freisinnigen. Damit spricht die FDP eine grosse Wählergruppe an. Denn 88 Prozent der kleineren und mittleren Unternehmen (KMU) haben weniger als zehn Mitarbeiter. Ein Anteil, der sich laut dem kantonalen Gewerbeverband St. Gallen auch auf das Linthgebiet übertragen lässt.

Daten werden doppelt erhoben

«Die Bürokratie für kleine Unternehmen ist ein grosses Problem», sagt Alex Brändle, Präsident Gewerbeverein Uznach. Deshalb finde die Initiative der FDP seine volle Unterstützung.

Auf einen Wochenschnitt gerechnet, müssten Unternehmen einen Mitarbeiter fast einen halben Tag pro Woche für die Beantwortung von statistischen Fragen der Wirtschaftsbehörden freistellen. Dabei seien die gefragten Daten, die etwa in Beschäftigungs- oder Lohnstatistiken einfließen würden, bereits automatisch er-

hoben. Über die ALV oder die Steuerbehörden könne man diese Daten auch erhalten. «Unternehmen wollen arbeiten und keine Zeit mit dem Ausfüllen von Statistiken verlieren», so Brändle. Sein Gegenvorschlag zum bestehenden System sei, dass wirtschaftliche Datenerhebungen über die Branchenverbände geregelt werden. «Die stehen den Unternehmen näher als der Bund und informieren ihre Mitglieder auch direkt über die aktuellen Entwicklungen», erklärt Brändle.

«Wir werden die FDP bei der Sammlung von Unterschriften unter-

stützen», sagt Verbandspräsident Felix Keller, Präsident des kantonalen Gewerbeverbandes St. Gallen. Er gehe davon aus, dass eine Mehrheit der Unternehmer die Ziele der Initiative teilt.

CVP zweifelt an Wirksamkeit

Eher skeptisch sieht man die Initiative hingegen bei der CVP. «Im grundsätzlichen Anliegen, Bürokratie abzubauen, stimmen wir mit der FDP überein», sagt Yvonne Suter, Präsidentin der CVP Linth. Allerdings frage sie sich, ob die vorgeschlagenen Mittel der richtige Weg seien. «Vorschriften zur Besei-

tigung von Vorschriften erscheinen wenig sinnvoll», so Suter.

Effektiver sei es nach Ansicht der CVP Linth, konkrete Anlaufstellen für KMU zu schaffen. Mit dem als beratendes Organ der Kantonsregierung eingeführten KMU-Forum habe man bereits gute Erfahrungen gemacht. Um wirklich etwas zu ändern, reiche eine weitere Vorschrift nicht aus. Besser sei es für die Unternehmer, über das KMU-Forum Regierung und Parlament für die Probleme der Unternehmer zu sensibilisieren, damit die Politik an konkreten Lösungen arbeiten könne, führt Suter aus.



Aktenberge: Mit einer Initiative will die FDP der Bürokratie endlich Herr werden.